

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

Jens Späth: Revolution in Europa 1820–1823. Verfassung und Verfassungskultur in den Königreichen Spanien, beider Sizilien und Sardinien-Piemont.

Köln: SH-Verlag 2012 (= Italien in der Moderne, Bd. 19), 517 S., ISBN: 978-3-89498-272-0

Um die Revolutionen der 1820er Jahre ist es in der Historiographie – zumal in der deutschen – still geworden. In den 1970er und 1980er Jahren wurde gelegentlich versucht, die sozialen Ursachen der europaweiten politischen Verwerfungen genauer zu bestimmen, die mit den Karlsbader Beschlüssen, dem Massaker von Peterloo, der Reaktion auf die Ermordung des Herzogs von Berry und eben dem Scheitern der Versuche, in Spanien und Italien parlamentarische Verfassungen einzuführen, eine konservative Wendung der europäischen Ordnung markierten. Seither zog die Epoche weniger Interesse auf sich; der Fokus lag eher auf der napoleonischen Ära, den Revolutionen von 1848 und zunehmend auf der Debatte über die Bedeutung einer Epochenwende um 1880. Dass sich so nach und nach eine regelrechte Forschungslücke entwickeln konnte, ist insofern überraschend, als etwa Jörn Leonhards großes Buch zur historischen Semantik des Liberalismus im 19. Jahrhundert bereits vor einigen Jahren deutlich gemacht hatte, wie groß die Bedeutung südeuropäischer Entwicklungen für die Ausbildung europäischer politischer Sprachen war. Spätestens damals wurde klar, dass die südeuropäischen Revolutionen der 1820er Jahre nicht zur Geschichte einer aus welchen Gründen auch immer immer weniger bedeutenden europäischen Peripherie gerechnet werden können, sondern – ebenso wie der griechische Unabhängigkeitskampf und der von ihm angestoßene Philhellenismus – im Zentrum der europäischen politischen Entwicklungen stehen. Die Arbeit von Jens Späth hat sich dieser Forschungslücke angenommen, indem sie einen durch die methodischen Anregungen der Kulturgeschichte des Politischen inspirierten Blick auf Südwesteuropa in den 1820er Jahren wirft.

Im Kern der Studie steht eine doppelte Frage: Erstens, warum erschien die spanische Verfassung von Cádiz von 1812 in den frühen 1820er Jahren nicht nur für die spanische Opposition, sondern auch in Sardinien-Piemont und im Königreich beider Sizilien als politisches Ideal? Zweitens, warum scheiterte der Versuch, diese Verfassung tatsächlich einzuführen, in allen drei Ländern? Die erste Frage ist spannend, als in Sizilien auf Anregung William Bentincks ebenfalls 1812 eine liberale Verfassung eingeführt worden war, auf deren Einhaltung man ebenfalls hätte pochen können; und weil sich hartnäckig die Ansicht hält, die Revolutionäre hätten eigentlich gar nicht so genau gewusst, was sich konkret mit welcher Verfassung verband. Die zweite Frage verweist auf die allgemeine Diskussion über mögliche verpasste Chancen, Europa früher eine liberale Ordnung zu geben und damit die wachsende Sprengkraft parteipolitischer, aber auch nationaler Konflikte zu entschärfen – zumal in Spanien und Italien, wo sie bis weit ins 20. Jahrhundert reichende und in manchem immer noch nicht gelöste Verwerfungen nach sich zogen.

Was die Verfassung von 1812 implizierte, macht Späth klar, indem er einleitend ein differenziertes Panorama der Verfassungsentwicklung in Spanien, Sizilien und – zum Vergleich – Frankreich zeichnet. Dabei hebt er eine Reihe von Besonderheiten hervor. Die Verfassung von 1812 war mit 385 Artikeln

überaus detailliert – musste also nicht sofort durch Ausführungsbestimmungen ergänzt werden. Sie war durch das Ein-Kammer-Parlament, die strikte Gewaltenteilung und die relativ geringe Macht des Königs liberal, ihre Befürworter argumentierten aber historisch. Zudem ließ die Verfassung nur eine Religion zu; ihr gewissermaßen historisch-evolutionärer Ansatz und ihr Beharren auf der katholischen Religion machte sie zumindest für manche Konservative akzeptabel. Sie hob sich somit klar von der eher monarchistischen Verfassung Frankreichs von 1814 und der eher aristokratischen Siziliens von 1812 ab, und diese Besonderheiten waren ihren Befürwortern durchaus präsent.

Das zweite Kapitel ist der Ereignisgeschichte in den drei Staaten gewidmet. Es erklärt, warum jeweils eine revolutionäre Situation entstand, an deren Ende die Einführung der Verfassung von Cádiz stand – und wie unterschiedlich die politischen und sozialen Konstellationen waren, in denen sich diese Verfassung hätte bewähren müssen. Die beiden folgenden Kapitel sind systematisch angelegt. Sie schildern die Sicht der Befürworter und Gegner auf die ‚neue‘ Verfassung; bei den Befürwortern differenziert Späth dabei „Trägerschichten“, „Verfassungsdiskurs“ und „Verfassungskultur“. Zwar macht Späth hierbei einen unterschiedlich starken Enthusiasmus für die Verfassung aus; doch wirkt die intellektuelle Opposition in keinem der untersuchten Länder stark genug, um das Experiment zum Scheitern zu verurteilen. Dazu bedurfte es jeweils der Intervention von außen. Ihre Grundlagen diskutiert das fünfte Kapitel, das sich den europäischen Nachrichten über die Revolution widmet. Dabei liegt der Fokus einerseits auf wechselseitigen Berichten (in Spanien über italienische Entwicklungen und umgekehrt), andererseits auf der europäischen Diplomatie in Paris und Wien. Das letzte Kapitel befasst sich mit den ausländischen Interventionen, welche die durch Revolutionen zustande gekommenen Verfassungsordnungen beendeten.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Späths Vergleich etwas asymmetrisch angelegt sein muss. In Spanien war die Verfassung von Cádiz am tiefsten verwurzelt, und sie war dort am längsten gültig. Daher konnte sich das, was Späth als „Verfassungskultur“ bezeichnet (dabei geht es weniger um den politischen Umgang der Akteure miteinander als um die Wahrnehmung der Verfassung und mit dieser verbundener Rituale in der breiteren Bevölkerung), in Spanien weitaus differenzierter ausbilden als in Sizilien, Neapel oder Sardinien-Piemont. Wenn Späth daran auch nichts ändern kann, so zeigt er durch eine akribische Rekonstruktion der Verfassungsdiskurse und öffentlicher Reaktionen auf die Verfassung auf der Grundlage eines beeindruckend großen und sehr verschiedene Ebenen politischer Publizistik umfassenden Quellenkorpus die Lebendigkeit der Auseinandersetzung um die ‚richtige‘ politische Ordnung in einem postnapoleonischen Europa. Sein Buch schildert die politische Geschichte der westlichen Mittelmeerwelt in umfassender Perspektive und problematisiert die Bedeutung des Abbruchs einer möglichen liberalen Wende für die europäische Entwicklung. Gewiss kann man sich – angesichts der erheblichen Vorbehalte, mit denen die Verfassung jeweils konfrontiert war – fragen, wie sich die politischen Systeme ohne französische oder österreichische Intervention entwickelt hätten; es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Verfassungen bald in Krisen geraten wären. Späth verweist selbst auf einige Fragen, denen nachzugehen sich lohnen würden – nach der nordeuropäischen Resonanz der spanischen und italienischen Ereignisse, nach den Traditionen, welche die Verfassung von 1812 (nicht) begründete und nach Alternativen, die nach den 1820er Jahren mehr oder weniger ernsthaft erwogen wurden. Somit hat diese hervorragende Dissertation zweierlei geleistet: eine Forschungslücke identifiziert, geschlossen und ein neues Forschungsfeld begründet. Dem Autor kann man dazu nur gratulieren.

Frankfurt/M.

Andreas Fahrmeir